

„Ein wahrhaft Revolutionär zu nennendes Blatt“.

Der Fränkische Merkur als Presseorgan der demokratischen Bewegung in Bamberg im Revolutionsjahr 1848

Am 29. April 1848, zwei Monate nach dem Ausbruch der revolutionären Unruhen, berichtete der bayerische Innenminister an das Münchner Kriegsministerium: *„In der Stadt Bamberg herrscht ... ein Zustand der Aufregung und der Opposition gegen bestehende Institutionen, der sich über einen großen Theil der dortigen Bevölkerung im Bürgerstande und in der arbeitenden Classe auf eine Weise verbreitet hat, daß eine durch die Journalistik genährte Tendenz zur Umwälzung der bestehenden Staatsverfassung und zur Einführung der republikanischen Regierung einzelne Vereine hervorrief, an deren Spitze sich die talentvollsten und eifrigsten Verfechter jener Ansichten und Tendenzen gestellt haben.“* Und am gleichen Tage schrieb der Innenminister an den bayerischen König Maximilian II.: *„Daß diese Parthei solchen Anklang findet, ... daran tragen unzweifelhaft der Einfluß der Presse, insbesondere die heftigsten Artikel im fränkischen Merkur, ... einen großen Theil der Schuld.“*

Die beiden ministeriellen Stellungnahmen beleuchten exemplarisch den enormen Einfluß der Presse - insbesondere der Zeitungs- presse - im politischen Geschehen der Jahre 1848/49. Mit der in den ersten Märztagen in allen deutschen Bundesstaaten vollzogenen Aufhebung der Pressezensur wurde das Massenmedium Zeitung zum zentralen Mittel öffentlicher Kommunikation und damit zum wirkungsvollsten Instrument für die Mobilisierung der Bevölkerung in Volksversammlungen und Wahlkämpfen. Von größter Bedeutung war die Rolle der Tagespresse auch für das sich in der politischen Umbruchphase allorts entfaltende Vereins- und Parteiwesen. Im oberfränkischen Bamberg, das während der Achtundvierziger-Revolution zu

den republikanischen Hochburgen im rechtsrheinischen Bayern zählte, war es vor allem ein Blatt, das die Bewohner der Stadt und ihres Umlandes für die Ziele der entschieden demokratischen Bewegung zu mobilisieren suchte und hier der Bildung von entsprechenden politischen Vereinen Vorschub leistete - der Fränkische Merkur.

Vom liberalen Journal zum republikanischen Kampfblatt

1795 unter dem Namen „*Bamberger Zeitung*“ gegründet und 1810 in „*Fränkischer Merkur*“ umbenannt, besaß die Zeitung eine lange Tradition. Während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war sie das politische Nachrichtenblatt für den Bamberger Raum, das auch außerhalb Oberfrankens interessierte Leser fand. 1840 hatte der Fränkische Merkur knapp 2.000 Abonnenten, wobei die eine Hälfte der Bezieher durch Austräger vor Ort, die andere Hälfte per Post in den Genuß ihrer Zeitungslektüre gelangte. Prominentester Redakteur des Blattes war der Philosoph Friedrich Wilhelm Hegel während seiner Bamberger Zeit 1807/08. Geschärftes politisches Profil und großes Ansehen in liberalen Kreisen gewann das Blatt - trotz der herrschenden Zensur - vor allem ab 1836 unter dem Verleger und Rechtsanwalt Johann Peter von Hornthal. Er war der Sohn des bekannten Bamberger Bürgermeisters Franz Ludwig von Hornthal und ebenso wie sein Vater überzeugter Liberaler und bayerischer Landtagsabgeordneter. Im Fränkischen Merkur kritisierte Hornthal vehement die Politik König Ludwigs I. von Bayern, worauf die Polizeibehörden das Blatt fortwährend scharf überwachten und die Postversendung untersagten. Die zahllosen Zensurschikanen und schwere finanzielle Probleme veranlaßten Hornthal

im Mai 1847 schließlich zum Rückzug. Er verkaufte den Fränkischen Merkur mit dem zugehörigen Verlag an den ehemaligen Landwehroberst und pensionierten königlich-bayerischen Zollamtsverwalter Hans Julius Freiherr Ecker von Eckhofen.

Dieser Besitzwechsel sollte weitreichende Folgen haben. Denn der Fränkische Merkur gelangte nun in die Hände einer Gruppe von Leuten, die seit den 1840er Jahren in der Bamberger Lokalpolitik durch ihre oppositionelle Haltung aufgefallen waren und dann im März 1848 als Führer der republikanischen Bewegung in der Stadt für beträchtlichen Wirbel sorgen sollten. Diesem Zirkel gehörte der Rechtsanwalt Nikolaus Titus an, später Bambergers Abgeordneter in der Frankfurter Paulskirche. Titus hatte in Würzburg und Erlangen Jura studiert, war dort als führender Kopf der verbotenen Burschenschaft Germania hervorgetreten und – nach eigenen Angaben – seit seinem fünfundzwanzigsten Lebensjahr überzeugter Republikaner. Sein politisch gleichgesinnter Freund Karl Heger hatte ebenfalls in Würzburg die Rechte studiert, war aber aufgrund burschenschaftlicher Aktivitäten von der Universität verwiesen worden und hielt sich seit 1834 in Bamberg als Advokatenschreiber über Wasser. Der Dritte im Bunde war der praktische Arzt Heinrich Heinkelmann, später Vorsitzender des demokratischen Volksvereins in Bamberg, Jugendfreund von Heger und Titus und wie diese ein glühender Anhänger der republikanischen Idee. Ihr huldigte insgeheim auch der neue Besitzer des Fränkischen Merkur, Freiherr Ecker von Eckhofen. Er hatte die Zeitung in Absprache mit seinen politischen Freunden Titus, Heger und Heinkelmann erworben, und wie geplant übernahm Karl Heger nun die Schriftleitung.

Ziel dieser wohlkalkulierten Aktion war es, mit dem Fränkischen Merkur ein am Markt bestens eingeführtes Blatt in die Hand zu bekommen und es zum Sprachrohr für das politische Programm der radikalen Demokratie umzugestalten. Zwar setzten die bestehenden Zensurverordnungen dieser Absicht vorerst enge Grenzen. Dies änderte sich jedoch neun Monate später, als nach dem Sturz des

Bürgerkönigs Louis Philippe und der Proklamation der Republik in Frankreich am 24. Februar 1848 die revolutionäre Bewegung Anfang März auf ganz Deutschland und Bayern übergriff. Im Zeichen der nun herrschenden Pressefreiheit stand dem Meinungskampf des Fränkischen Merkur für die Ziele der republikanischen Bewegung nichts mehr im Wege.

„Das Werk ist begonnen. Vorwärts, vorwärts, vorwärts!“

Die sich täglich überschlagenden revolutionären Ereignisse steigerten wie überall in Deutschland auch bei der Bamberger Bevölkerung explosionsartig den Wunsch nach politischer Information. Die Redaktion des Fränkischen Merkur, die seit Monaten auf diesen Augenblick vorbereitet war, nutzte die Gunst der Stunde. Auf vier Seiten im Quartformat lieferte das Blatt seinen Lesern seit dem 1. März nun täglich – selbst sonntags – ausschließlich die Ereignisse der großen und kleinen Politik ins Haus. Die örtliche Konkurrenz – namentlich das alteingesessene „Bamberger Tagblatt“ – konnte dabei in keiner Weise mithalten. Als klassisches Lokalblatt der vorrevolutionären Zeit, das bisher ausschließlich bestrebt gewesen war, das Inseraten-, Belehrungs- und Unterhaltungsbedürfnis seiner Leser zu befriedigen, fiel ihm die Umstellung auf die nun gefragte aktuelle Berichterstattung und Kommentierung der politischen Ereignisse des In- und Auslandes äußerst schwer. „Das hiesige Tagblatt ... konnte sich unter den gegebenen Verhältnissen ... immer noch nicht zu der jetzt erforderlichen Vielseitigkeit des Stoffes und nicht zur gehörigen Entschiedenheit erheben“, resümierte im Mai 1848 ein gut informierter Beobachter des Bamberger Zeitungsmarktes die Lage.

Ganz anders die Redaktion des Fränkischen Merkur: Um das Publikum stets schnellstmöglich mit den neuesten politischen Nachrichten zu versorgen, ging der Schriftleiter Karl Heger dazu über, die nach Redaktionsschluß eintreffenden Meldungen ständig durch Morgenbeilagen und Extraausgaben den Lesern mitzuteilen. Und „um

namentlich auch Unbemittelten eine rege Theilnahme an den öffentlichen Vorgängen möglich zu machen", ermäßigte der Verleger Eckhofen den Preis für das Monatsabonnement ab dem 1. März sogar auf 36 Kreuzer, den durchschnittlichen Tageslohn eines einfachen Arbeiters.

Vor diesem Hintergrund besaß der Fränkische Merkur und der hinter ihm stehende, zum politischen Handeln entschlossene Zirkel überzeugter Republikaner um Titus, Heger und Heinkelmann die besten Voraussetzungen, um meinungsbildend in das politische Tagesgeschehen in Bamberg einzugreifen und die Öffentlichkeit in ihrem Sinne zu beeinflussen. Dies zeigte sich deutlich, als am 3. März unter Führung der Bamberger Republikaner ein Bürgerkomitee „zur vollständigen Verwirklichung der Volksrechte“ zusammentrat und für den Nachmittag des nächsten Tages auf Flugblättern zu einer allgemeinen Volksversammlung einlud, auf der die Forderungen der Bamberger Bürger an den bayerischen König beschlossen werden sollten. In der Morgenausgabe vom 4. März präsentierte der Fränkische Merkur seinen Lesern in einer Beilage auch gleich den Entwurf einer solchen Adresse, der überdies in Tausenden von ebenfalls in der Eckerschen Druckerei hergestellten Flugblättern der Bevölkerung nahegebracht wurde.

Dieser Forderungskatalog ging als die „14 Bamberger Artikel“ in die bayerische Geschichte ein. Er unterschied sich in markanter Weise von den üblichen Märzforderungen im rechtsrheinischen Bayern. Neben den geläufigen Wünschen nach Presse-, Gewissens-, Lehr- und Versammlungsfreiheit, Ministerverantwortlichkeit, Volksbewaffnung, Verteidigung des Militärs auf die Verfassung, Geschworenengerichten, Aufhebung der bürgerlichen Feudallasten, Schaffung eines deutschen Nationalstaates und eines Nationalparlamentes verlangte die Bamberger Adresse das allgemeine, gleiche, direkte, geheime, aktive und passive Wahlrecht, die Abschaffung aller Standesvorrechte, gleiche Bildungschancen für alle sowie die „Selbstregierung des Volkes“ in allen Bereichen des öffentlichen Lebens.

Auch die Forderung nach „Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit“ erregte bayernweites Aufsehen. Darunter verstanden die Bamberger radikalen Demokraten freilich keineswegs einen Umsturz der Eigentumsverhältnisse im sozialistischen oder gar kommunistischen Sinne, sondern sozialpolitische Maßnahmen zugunsten der minderbemittelten Bevölkerungsschichten – etwa ein Grundrecht auf Arbeit, die Einführung eines Arbeitsministeriums, die Zulassung von Arbeiterassoziationen, eine Garantie von Mindestlöhnen sowie die Verteilung von Staats- und Gemeindebesitz an sozial Schwache. Ihre Leitidee zielte auf eine Integration der „handarbeitenden Classen“ in die bürgerliche Demokratie: „*Gestehen wir es offen, nie wird, nie kann der staatliche Zustand ein befriedigter sein, als bis die Rechte des Menschen und Bürgers bis auf die tiefsten Schichten der Gesellschaft, bis auf die untersten Reihen des Volkes ausgedehnt werden*“, beschwor der Fränkische Merkur seine Leser.

Diese Werbeaktion verfehlte ihre zündende Wirkung nicht. Mit einstimmiger Akklamation befürworteten die Teilnehmer der Volksversammlung am 4. März die vorgeschlagenen 14 Artikel als offizielles politisches Programm der gesamten Bamberger Einwohnerschaft für die bevorstehende Neuordnung der politischen Verhältnisse in Bayern wie in Deutschland. Und noch am Tag nach der Volksversammlung, „am Sonntage Vormittags, sah man Bewohner Bambergs in langem Zuge, gleich einer Procession frommer Gläubigen nach dem Stephansberge zu und abströmen ... ; man wallfahrte nicht zu einer Reliquie, sondern zur Ecker'schen Druckerei; man holte nicht Ablaßzettel sondern die 14 Artikel“. Druckerei und Verlag des Fränkischen Merkur waren seit den ersten Märztagen geradezu zum politischen Informations- und Agitationszentrum der Stadt geworden. Daran sollte sich so schnell auch nichts ändern. Als es Ende März darum ging, einen Vertreter Bambergs ins Frankfurter Vorparlament zu entsenden, wo die künftige Form eines deutschen Nationalstaates beraten wurde, rührte der Fränkische Merkur kräftig die Werbetrommel für den Rechtsan-

walt Nikolaus Titus, der dieses Mandat durch einen Volksversammlungsbeschluß erhielt. Gleichzeitig befürwortete das Blatt in einer Artikelserie die Einführung der Republik für den zu schaffenden deutschen Nationalstaat mit der Formel: „*Nur die republikanische Verfassung bietet der deutschen Nation die Mittel, sich selbst eine bessere Zukunft zu verschaffen.*“

Dieses massive Werben für die republikanische Staatsform in Verbindung mit dem allgemeinen Wahlrecht und sozialreformerschen Maßnahmen fand vor allem bei den unterbürgerlichen Schichten Bambergs und in Teilen des vom sozialen Abstieg bedrohten Kleinbürgertums stürmischen Beifall. In den 1840er Jahren nämlich hatte die Verarmung in der Stadt stark zugenommen. Die Fertigstellung des Ludwig-Main-Donaukanals 1830 und der Anschluß an die Eisenbahn 1845 beeinträchtigten die wirtschaftliche Basis des einheimischen Speditions-, Schiffer- und Fuhrgewerbes. Auch den zahlreichen Bamberger Häckern und Gärtnern fiel es zunehmend schwerer, sich gegenüber der auswärtigen Konkurrenz zu behaupten. Sie erhofften sich von der Republik die Beseitigung von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, und so verwundert es nicht, daß die treuesten Anhänger des Rechtsanwalts Titus „größtentheils den niederen Ständen und dem Proletariate angehörten und zum hauptsächlichsten Theile aus Gärtnern, dann aus Häckern vom Kaulberge und aus Schifffern bestanden.“

Die Hochstimmung unter den „Proletariern“, die nun lärmend und bewaffnet durch die Straßen zogen und in den Gasthäusern heftig politisierten, verschreckte jedoch zunehmend andere Teile der Bamberger Bevölkerung. Vor allem die wohlhabenderen Bürger trieb nun die Angst um, „daß die Republik den Communismus erzeuge, daß sie Angriffe auf Personen und Plünderung des Eigenthums, Bürgerkrieg und allgemeine Anarchie zu unvermeidlicher Folge habe.“ Sie befürworteten die konstitutionelle Monarchie als Staatsform für den zu schaffenden deutschen Einheitsstaat und erhoben heftigen Protest gegen Titus, der als überzeugter

Republikaner im Frankfurter Vorparlament gegen die dortige Mehrheit der gemäßigten Liberalen für die Abschaffung der Monarchie gestimmt hatte.

Angesichts der Ende April stattfindenden Abgeordnetenwahl für das verfassungsgebende Frankfurter Nationalparlament setzte der Fränkische Merkur alles daran, auch seine konservativeren Leser für die Wahl des Kandidaten Titus einzustimmen. Dies gelang nicht zuletzt dadurch, daß Titus nun öffentlich erklärte, er sei zwar in seinem Herzen Republikaner, werde aber im Falle seiner Wahl in der Nationalversammlung für die Verwirklichung „*der constitutionellen Monarchie auf breiter demokratischer Grundlage*“ eintreten. Mit dieser Formel konnte er die Befürchtungen der konstitutionell-monarchisch eingestellten Bürger zerstreuen, und „*unter den mit erhabener Schrift hervorgehobenen Anpreisungen des Fränkischen Merkurs*“ gelang Nikolaus Titus am 28. April ein überwältigender Wahlsieg.

„Gegen die Gefahren der Reaktion“

Als König Ludwig I. von Bayern am 6. März 1848 die Erfüllung der im Land erhobenen Forderungen zugestand, brach in allen fränkischen Städten Jubel aus. Nur in Bamberg kam keine öffentliche Festkundgebung zustande. Dieses bemerkenswerte Mißtrauen in großen Teilen der Bamberger Bevölkerung gegenüber den königlichen Versprechungen wurde nicht zuletzt durch die vehement geäußerte Skepsis des Fränkischen Merkur bestärkt. Er forderte seine Leser auf, „*einem Stück Papier keinen übermäßigen Werth beizulegen*“, und bezweifelte, daß die beiden Abgeordnetenkammern des bayerischen Landtags „*in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung*“ überhaupt willens seien, die Wünsche des Volkes in entsprechenden Reformgesetzen zu verankern.

Das Blatt verlangte deshalb die sofortige Einberufung eines neuen, aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen hervorgehenden Landtages. In fortwährenden Appellen ermahnte der Fränkische Merkur seine Leserschaft, sich nicht im Glauben an einen bereits

errungenen Sieg zurückzuziehen, sondern weiterhin durch Volksversammlungen und Demonstrationen solange Druck auf den bayerischen Landtag und das Anfang März vom König mit liberalen Ministern „bestückte“ Kabinett auszuüben, bis eine vollständige Umgestaltung der bayerischen Staatsverfassung im demokratischen Sinne erreicht sei: *„Was jetzt vor allem Noth thut, ist Wachsamkeit, unausgesetzte Wachsamkeit und Ausharren auf dem eingeschlagenen Wege eines entschiedenen Auftretens. Denn wenn einmal die Regierungen nicht mehr von der äußeren und innern Noth bedrängt werden, so werden sie, wo ihnen der Rückweg gelassen ist, schnell zu dem alten Systeme der Reaction und des Hinhaltens zurückkehren. Deshalb muß ihnen dieser Rückweg jetzt für immer abgeschnitten werden.“*

Als die vom alten Landtag beratenen Reformgesetze am 4. Juni 1848 vom neuen bayerischen König Maximilian II. verkündet wurden, war die Enttäuschung bei den entschieden demokratisch gesinnten Teilen der Bamberger Bevölkerung groß. Der Fränkische Merkur brachte die dort herrschende Stimmung auf den Punkt, wenn er feststellte: *„Man hat von dem Landtage Erlösung von manchem Uebel erwartet; was uns ward, ist wenig gegenüber den laut redenden Forderungen des Zeitgeistes ... Anstatt radikal zu helfen, hat man sich begnügt, einige mittelalterliche Auswüchse zu beseitigen.“*

In der Tat waren die königlichen Zugeständnisse hinter den Forderungen der 14 Bamberger Artikel weit zurückgeblieben: Zwar waren die Ministerverantwortlichkeit und die Freiheit der Presse nun gesetzlich festgeschrieben. Statt der gewünschten allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahl des Landtages blieb es jedoch beim indirekten und öffentlichen Wahlverfahren, und der ärmste Teil der Bevölkerung, der keine Steuern bezahlen konnte, sah sich vom Wahlrecht ausgeschlossen; das Zweikammersystem mit einer nicht vom Volk gewählten „Reichsrätekammer“ wurde beibehalten; das uneingeschränkte Gesetzesinitiativrecht des Landtages war nicht verwirklicht, vielmehr ein Teil der Gesetzgebungsgewalt dem

Monarchen vorbehalten; die bäuerlichen Grundlasten waren nicht entschädigungslos aufgehoben, sondern an eine finanzielle Ablösung gebunden; Gesetze zur Judenemanzipation, zur Volksbewaffnung, zur Stärkung der gemeindlichen Selbstverwaltung sowie zum Versammlungs- und Vereinsrecht hatte der Landtag nicht verabschiedet.

Aus diesen Tatsachen zog der fränkische Merkur den Schluß, *„daß Krone und Minister über die Reaction miteinander einig sind“* und daß der nur vorübergehend geschwächte vormärzliche Polizeistaat sich nun auch in Bayern wieder auf dem Vormarsch befinde. Die Redaktion des Blattes setzte deshalb alles daran, einer solchen Entwicklung vorzubeugen, indem sie fortgesetzt an ihre Leser appellierte, sich in demokratischen Vereinen zu organisieren und weiterhin Druck auf das Märzministerium und den König auszuüben. Dabei schreckte der Fränkische Merkur auch nicht davor zurück, den Verantwortlichen in München offen mit einer zweiten Revolution zu drohen: *„Der bayerischen Regierung aber können wir sagen, daß sie, wenn sie glaubt, die gegenwärtige Bewegung mit einigen schönen Versprechungen bemeistern zu können, die Rechnung ohne den Wirth gemacht hat. Wir können ihr sagen, daß das Volk es satt ist, sich länger am Narrenseil herumführen zu lassen und daß sie sich's selbst zuzuschreiben hat, wenn ihr einmal auf sehr unangenehme Weise die Augen geöffnet werden.“*

Die politische Spaltung der Bamberger Bürgerschaft

Diese kampflustigen Parolen konnten jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß im Frühsommer 1848 der Einfluß der radikalen Demokraten und ihres publizistischen Sprachrohres auf die politische Stimmung der Bamberger Einwohnerschaft nachzulassen begann. So mancher Bürger, der sich in den ersten Märztagen von der – nicht zuletzt vom Fränkischen Merkur entfesselten – Euphorie hatte mitreißen lassen, empfand im Nachhinein die Forderungen der 14 Artikel nun doch als *„in ihrem Inhalt etwas zu stark“* formuliert. In den wohlhabenderen Kreisen verstärkte sich die Ansicht *„daß Handel und*

Gewerbe nur dann wiederaufleben werden, wenn Ruhe und Vertrauen zurückkehren.“ Nicht zuletzt schürte auch der im April vom radikalen Republikaner Friedrich Hecker unternommene und völlig gescheiterte Versuch, gewaltsam die Republik in Baden einzuführen, die Angst der besitzenden Schichten vor Anarchie und „roter Republik“. Einem zunehmenden Teil der Bamberger Stadtbevölkerung schien es deshalb an der Zeit, die vom König im Einvernehmen mit der liberalen Märzregierung gemachten Zugeständnisse als vertrauenerweckende Vorleistung für eine Demokratisierung von Staat und Gesellschaft in Bayern zu akzeptieren und die Revolution zu beenden.

Die nun einsetzende Sammlungsbewegung der gemäßigten Bürgerschaft beschleunigte sich noch durch das Verhalten des Bamberger Abgeordneten Titus im Frankfurter Nationalparlament. Denn als es dort am 24. Juni 1848 bei der wichtigen Abstimmung über die Einsetzung einer Provisorischen Zentralgewalt um die Vorentscheidung für die künftige Staatsform des zu schaffenden deutschen Gesamtstaates – konstitutionelle Monarchie oder Republik – ging, stimmte Nikolaus Titus mit der Bemerkung, „*er wähle keinen Unverantwortlichen*“, mit der radikalen Minderheit des Parlaments gegen ein konstitutionelles Reichsoberhaupt. Mit dieser Entscheidung war er letztlich seinem Gewissen als überzeugter Republikaner, nicht jedoch seinem am 21. April den Bambergern öffentlich gegebenen Wahlversprechen gefolgt. Als Titus sich anschließend auch noch demonstrativ als einziger Abgeordneter aus dem rechtsrheinischen Bayern der äußersten linken Parlamentsfraktion „Donnersberg“ anschloß, welche die Errichtung eines großdeutschen Nationalstaats in Form einer föderativen Republik mit einem dem Parlament verantwortlichen Präsidenten nach dem Vorbild der USA zu ihrem Programm erhob, erregte er damit einen Proteststurm unter einem Teil seiner Bamberger Wähler.

Die von ihrem Abgeordneten enttäuschten Anhänger der gemäßigten Richtung gründeten deshalb Anfang Juli in Bamberg einen konstitutionellen Verein. Er distanzierte sich

scharf von den nun im Bamberger Volksverein organisierten radikalen Demokraten unter der Führung von Heger und Heinkelmann. Eine vom konstitutionellen Verein verfaßte Mißtrauenserklärung gegen den Abgeordneten Titus wurde von der Hälfte seiner Wähler unterzeichnet. Die damit vollzogene Spaltung der Bamberger Bevölkerung in ein gemäßigt konstitutionelles und entschieden demokratisches Lager brachte den Fränkischen Merkur als Sprachrohr der radikalen Richtung in eine schwierige Situation. Als der Redaktion nämlich am 1. Juli die Abonnementbestellungen für das nächste Quartal vorlagen, mußte sie feststellen, „*daß nun fast alle Leser anderen politischen Glaubens das Blatt abbestellten und zurückwiesen*“. Dieser Verlust war für den Verlagsunternehmer Hans Julius Ecker von Eckhofen nicht leicht zu verkraften. Die erst vor kurzem im Glauben an eine ungebrochene Konjunktur des Blattes getätigten größeren Investitionen – so der Kauf einer teuren Schnellpresse Anfang April 1848 – belasteten angesichts rückläufiger Absatzzahlen die wirtschaftliche Bilanz des Unternehmens beträchtlich. Dies umso mehr, als der Verleger des Bamberger Tagblattes, Johann Michael Reindl, nun dazu überging, sein bislang politisch farbloses Blatt im Sinne der konstitutionell-monarchischen Richtung zu profilieren und der vom Fränkischen Merkur abwandernden Leserschaft eine neue Heimat zu bieten.

Das Ende des Fränkischen Merkur

Zur wirtschaftlichen Bedrängnis des Fränkischen Merkur gesellte sich bald die polizeiliche. Schon in den ersten Märztagen hatte die offenkundige Tatsache, *daß ein Theil der Einwohner der Stadt Bamberg ... den republikanischen Ideen ... in hohem Grade huldigt*“, das größte Mißfallen des bayerischen Königs, der Münchner Ministerien und der örtlichen Polizeibehörden hervorgerufen. Geleitet von der strategischen Überlegung des Regierungspräsidenten von Oberfranken, „*daß man zuallererst die schlechte Presse stilllegen müsse, wenn man den Republikanismus ausrotten wolle*“, erging Anfang Mai aus Bayreuth die Order an den Bamberger Stadt-

kommissar, „*alle Personen, deren republikanische Ansichten und Bestrebungen bekannt sind oder künftig bekannt werden, ... unter strenge policeyliche Aufsicht zu nehmen*“, insbesondere aber „*den Fränkischen Merkur strengstens zu überwachen und bey gegebenem Anlasse schnell und energisch polizeylich einzuschreiten resp[ective] die gerichtliche Einschreitung zu veranlassen*“.

Infolge der Aufhebung der Pressezensur gestaltete sich dieses Unterfangen für die Behörden allerdings außerordentlich schwierig. Seither war ein juristisches Einschreiten gegen Presseorgane nur möglich, wenn eine Zeitung in ihrer Darstellung nachweisbare Verstöße gegen einzelne Paragraphen des bayerischen Strafgesetzbuches beging – etwa die Verbreitung falscher Nachrichten, Anstiftung zu Gewalttaten oder Majestäts- und Beamtenbeleidigung. Auch das Gerichtsverfahren selbst beinhaltete ein nicht unbeträchtliches Risiko. Denn nach dem bayerischen Preßgesetz vom 4. Juni 1848 waren für die Verhandlung von Preßvergehen die neu eingerichteten Schwurgerichte mit ihren aus dem Volk berufenen Schöffen zuständig, die oft beim geringsten Verdacht polizeilicher Willkürmaßnahmen zugunsten der beklagten Zeitungsblätter entschieden. Solche Freisprüche wollten die Gerichte tunlichst vermeiden, um sich nicht öffentlich lächerlich zu machen und die rehabilitierten Redakteure als Volkshelden aufzuwerten. Aus diesem Grund zögerte das Bamberger Appellationsgericht auch beharrlich, auf eine Anzeige des Bamberger Stadtkommissars zu reagieren, der die Forderung nach Einführung der Republik als künftiger Staatsform Gesamtdeutschlands in der Nummer 88 des Fränkischen Merkur vom 28. März als strafwürdiges Verbrechen eingestuft hatte.

So bot sich der Bamberger Polizeibehörde zunächst keine direkte Handhabe, um die in ihren Augen „*verwirrende und wühlerische Tendenz des fränkischen Merkurs*“ auszuschalten. Umso größere Hoffnungen knüpften der Stadtkommissar und der Bayreuther Regierungspräsident deshalb an die Anfang Juli offen vollzogene Spaltung der Bamberger Bürgerschaft in zwei gegensätzliche poli-

tische Lager und die damit verbundenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Ecker'schen Verlagsunternehmens. Doch entgegen der behördlichen Erwartung, daß „*derselbe bald sich nicht mehr behaupten kann, besonders da er von seinen Gläubigern bedrängt, nach vielseitigen Urtheyle mit Anfang July einen großen Theil seiner Zeitungsabonnenten verlieren wird*“, erschien der Fränkische Merkur auch im 3. Quartal täglich im gewohnten Umfang und ohne erkennbare Mäßigung in der Sprache. Im Gegenteil: Die Redaktion machte nun verstärkt die von der bayerischen Regierung „*zur allenfallsigen Dämpfung von Aufständen*“ vorgenommene Konzentration von Militäreinheiten in Bamberg zur Zielscheibe seiner Kritik. Die Truppenverlegungen brandmarkte das Blatt als „*alte Kniffe des Despotismus*“ und als überflüssige Maßnahmen, die nur dazu dienten, „*die damit verbundenen, immerhin bedeutenden Kosten hinauszuerwerfen, in einer Zeit, wo man mit dem vom Volk erpressten Gelde doch wahrlich etwas gewissenhafter umgehen sollte*“.

Als der Fränkische Merkur schließlich in diesem Zusammenhang in einem Artikel in der Nummer 180 vom 26. Juni die bayerische Armee als „*sogenannte königlich bayerische Truppen*“ und den bayerischen Staat als „*sogenanntes Königreich Bayern*“ titulierte, hatte er nach Ansicht des Bamberger Stadtkommissars den Bogen überspannt. Zwei Tage später reizte Karl Heger die Polizeibehörde noch mehr, als er der Leserschaft – um Mißverständnisse über das „*sogenannte Königreich Bayern*“ auszuräumen – mitteilte, „*daß er mit diesem Ausdruck der Existenz des von Napoleon gestifteten Königreichs Bayern keineswegs schaden wollte, daß er aber nie recht begreifen konnte, warum man ein von drei deutschen Volksstämmen, nämlich von Bayern, Franken und Schwaben bevölkertes Königreich gerade Bayern nennt, wo doch die Zahl der Franken im Königreich Bayern größer ist, als die der Bayern*“. Der Verweis auf das vom französischen Diktator Napoleon gewaltsam geschaffene Königreich Bayern und die zugleich indirekt unterstellte Unterdrückung der Franken durch die Altbayern, machte nun in den Augen des Stadt-

kommissars eine strafrechtliche Verfolgung durch die Gerichte unausweichlich.

Am 3. August 1848 wurde das Stadtgericht Bamberg angewiesen, „wegen Verbrechens des nächsten Versuches zum Hochverrate, verübt durch den Artikel in Nummer 88 des Fränkischen Merkur, wegen Verbrechens der Majestätsbeleidigung durch den nämlichen Artikel und wegen Vergehens der Amtsehrenbeleidigung in Nummer 180 strafrechtliche Untersuchung einzuleiten“. Um der bevorstehenden Verhaftung zu entgehen, hatte Karl Heger Bamberg zu diesem Zeitpunkt allerdings schon verlassen und befand sich auf der Flucht ins benachbarte Frankreich. Mit der kurzen Mitteilung des Setzers in der Ausgabe vom 6. August 1848, daß das Blatt „wegen langer, unvermeidlicher Abwesenheit des jeweiligen Redakteurs Carl Heger ... temporär nicht erscheinen“ könne, war nach 53jährigem Bestehen das Ende des traditionsreichen Fränkischen Merkur durch eine behördliche Willkürmaßnahme besiegelt worden. Auf welch schwachen Füßen die Anklage stand, sollte sich sieben Monate später erweisen, als Heger, der sich im Februar 1849 freiwillig den Bamberger Polizeibehörden stellte, nach vierwöchiger Untersuchungshaft am 8. März von der Schwurgerichtskammer am Bamberger Stadtgericht von sämtlichen Anklagepunkten freigesprochen wurde.

Den Behörden aber war es gelungen, „ein wahrhaft revolutionär zu nennendes Blatt“ mundtot zu machen. Die vom Stadtkommissar gehegte Hoffnung, daß durch die Beseitigung des Fränkischen Merkur „die durch die, Lokalpresse fließende Giftquelle voraussichtlich sicher werden und eine vorzugsweise Aufhülfe zur fernerer Verbesserung der Zustände Bamberg gegeben sein“ dürfte, sollte jedoch nicht in Erfüllung gehen. Mit dem bereits am 12. August 1848 vom Bamberger Buchhändler Johann Casimir Dresch begründeten und im entschieden demokratischen Sinne redigierten „Freund der Wahrheit und des Volkes“ sowie in dem ab 1. Februar 1849 als Organ des Bamberger Volksvereins von Heinrich Heinkelmann herausgegebenen „Bamberger Volksblatt“ hatte

der Fränkische Merkur zwei Nachfolgebblätter gefunden, die – wenngleich weniger glanzvoll und mit bescheideneren Mitteln – dafür sorgten, daß Bamberg bis zum endgültigen Scheitern der Revolution ein stabiler Hort der radikalen Demokratie blieb.

Quellen und Literatur

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Ministerium des Inneren, Nr. 46044-46047

Staatsarchiv Bamberg, K 3 (Präsidialregistratur), Nr. 813/1

Bayrle, Josef, Die rechtliche Situation der bayerischen Presse von 1818-1848, Diss. München 1948

Hoffmann, Kurt, Sturm und Drang in der politischen Presse Bayerns 1848-1850. In: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 3 (1930), S. 205-266

Krischker, Gerhard C., Bambergers unbequeme Bürger, Bamberg 1987

Leistner, Ina, Der Fränkische Merkur als Presseorgan der demokratischen Bewegung in Bamberg im Revolutionsjahr 1848, unveröff. Diplomarbeit Bamberg 1988 (erscheint demnächst unter dem Titel „Für Volksfreiheit, Volksrecht und Volkswohlfahrt. Der Fränkische Merkur als Presseorgan der demokratischen Bewegung in Bamberg 1848 in dem von Günter Dippold und Ulrich Wirz herausgegebenen Sammelband „Die Revolution in Franken 1848/49“)

Siemann, Wolfram, Die deutsche Revolution von 1848/49 (Neue historische Bibliothek 266), Frankfurt am Main 1985

Simeth, Franz, Die Bamberger Presse von 1802-1848, Diss. München 1941

Winkler, Richard, Nikolaus Titus (1808-1874). In: Fränkische Lebensbilder 13 (1990), S. 135-150

Zimmermann, Ludwig, Die Einheits- und Freiheitsbewegung und die Revolution von 1848 in Franken (Veröffentlichungen der Gesellschaft für fränkische Geschichte, Reihe IX, Bd. 9), Würzburg 1951

Zimmermann, Ludwig, Zur Geschichte der fränkischen Tagespresse in der Achtundvierziger Revolution. In: Jahrbuch für fränkische Landesforschung 11/12 (1953), S. 123-133